

# Dels'er Kreisblatt.

Das Kreisblatt erscheint Freitags; es kostet für den Monat bei der Post 0,80 Goldmark.

Postcheckkonten

Kreis-kommunal-Kasse Breslau Nr. 3130.

Kreis-Sparkasse Breslau Nr. 3131.

Redakteur: Max Politt.



Insertate werden bis Donnerstag mittag in der Geschäftsstelle angenommen. — Preis für die fünfgespaltene Petitzeile 10 Goldpfennige, für außerhalb des Kreises Dels Wohnende 15 Goldpfennige.

Druck und Verlag

M. Ludwigs Buchdruckerei Rothe, Politt & Co. in Dels.

Nr. 3.

Dels, den 18. Januar 1924.

62. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### A. Bekanntmachungen des Landrats.

L. I. 301.

#### Verordnung

des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung vom 22. 12. 1923 betr. Abänderung der Verordnung über die Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter.

Auf Grund von § 26 des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. 7. 1922 (RGBl. I S. 657) wird im Einvernehmen mit den Ländern folgendes verordnet:

Art. I. Die Verordnung über Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter vom 2. 1. 1923 (Reichsanz. Nr. 3 vom 5. 1. 1923, MBlB. S. 29) wird geändert wie folgt:

§ 2 erhält folgende Fassung: Nicht als ausländische Arbeiter im Sinne dieser Verordnung gelten

- a) in der See- und Binnenschifffahrt beschäftigte ausländische Arbeiter,
- b) ausländische landwirtschaftliche Arbeiter, die mindestens vom 1. 1. 1913 ab im Inland in der Landwirtschaft nicht nur vorübergehend beschäftigt sind,
- c) ausländische nichtlandwirtschaftliche Arbeiter, die mindestens vom 1. 1. 1919 ab im Inland in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben nicht nur vorübergehend beschäftigt sind,
- d) ausländische nichtlandwirtschaftliche Arbeiter, die am 1. 7. 1914 seit mindestens einem Jahr im Inland in einem nichtlandwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt waren und unverzüglich auf ihre alte Arbeitsstelle zurückgekehrt sind, sobald die durch den Krieg geschaffenen Hinderungsgründe in Fortfall gekommen waren,
- e) ausländische Arbeiter, die am 1. 1. 1919 bereits im Inland anässig, aber noch nicht 14 Jahre alt waren,
- f) Arbeiterinnen, die durch die Verheiratung mit einem Ausländer die deutsche Reichsangehörigkeit verloren haben, und zwar die unter b bis f genannten Arbeiter, sofern sie einen Befreiungsschein der Deutschen Arbeiterzentrale besitzen, den diese auf Grund der Feststellungen der Ortspolizeibehörde ausstellt.

Abchrift vorstehender Verordnung bringe ich unter Bezugnahme auf meine entsprechende Kreisblattbekanntmachung vom 13. 1. 1923 — S. 24 — und den Ministerialerlaß vom 14. 12. 1923 — IV c 676 — über Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter — Kreisblatt 1924, S. 9 — hiermit zur öffentlichen Kenntnis und ersuche die Ortspolizei- und Ortsbehörden, die Arbeitgeber hierauf aufmerksam zu machen.

K. I. 100.

Dels den 15. Januar 1924.

#### Ablieferung der Grundvermögenssteuer.

Höheren Orts sind Einzelfälle bekannt geworden, in denen die Gemeinden die Ablieferung der vereinnahmten Grundvermögenssteuer an die Kreis-kassen entgegen der Bestimmung unter Ziffer 8 der Rundverfügung vom 10. November 1923 — K. V. 2. 2475 — hinauszögern. Im Interesse der finanziellen Notlage des Staates mache ich den Ortsbehörden zur Pflicht, die vereinnahmten Grundvermögenssteuern ohne jede Verzögerung an die Kreis-kasse abzuliefern.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

K. V. II. 23.

Berlin C. 2, den 5. Januar 1924.

#### Ablieferung der Grundvermögenssteuer.

Trotzdem nach meiner Rundverfügung vom 22. v. Mts. — K. V. II. Nr. 3191 — bei den Gemeinden mit allem zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hingewirkt werden sollte, daß sie die vereinnahmten Grundsteuern ohne jede Verzögerung an die Kreis-kassen abliefern, scheinen die Gemeinden dieser Verpflichtung nur im geringen Maße nachgekommen zu sein, da die bei der Preussischen Staatsbank bis jetzt eingegangenen Beträge der Grundvermögenssteuer weit hinter dem tatsächlichen Sollauskommen zurückgeblieben sind. Soweit die Nachablieferung auf Nachlässigkeit der Gemeinden beruht, darf sie keinesfalls mehr geduldet werden. Ich ordne daher hiermit an, daß sich die Regierungskasserräte oder ihre Vertreter als ihre Kommissare durch unangemeldete, häufige Revisionen der in Frage kommenden Gemeindefassen davon überzeugen, ob und inwieweit die vereinnahmte Grundvermögenssteuer von den Gemeindefassen fristgemäß an die staatlichen Kassen abgeliefert worden ist. Sollte festgestellt werden, daß die Ablieferung schuldhafterweise verzögert worden ist, so ist gegen die verantwortlichen Beamten gemäß § 20 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (GS. S. 237) sofort im Dienst-aufsichtswege rücksichtslos das Disziplinarverfahren mit dem Ziele auf Entfernung aus dem Amte einzuleiten.

Unabhängig hiervon ist von den staatlichen Kassen alsbald nach Fälligkeit der Ablieferung das Verwaltungszwangsverfahren gegen die säumigen Gemeinden in die Wege zu leiten.

Außerdem ordne ich hiermit ausdrücklich an, daß in allen Fällen, in denen Gemeinden mit der Ablieferung fälliger Beträge der Grundvermögenssteuer an die staatlichen Kassen im Rückstand geblieben, sofort alle Zahlungen an die in Frage kommenden Gemeinden aus der Staatskasse, z. B. Zuschüsse zu Besoldungen, Zahlungen für das kommunale Schulwesen und Wohlfahrtswesen, Ueberweisungen an Reichssteuern u. a. m. einzustellen sind. Diese Beträge sind unter gleichzeitiger Benachrichtigung der Gemeinden zur Deckung der Rückstände an Grundvermögenssteuer zu verwenden.

#### Der Preussische Finanzminister.

K. I. 232.

Dels, den 17. Januar 1924.

Vorstehenden Erlaß bringe ich hierdurch zur Kenntnis der Gemeindevorstände. Die unverzügliche Abführung der Grundvermögenssteuer an die Kreis-kassen mache ich den Gemeinden erneut zur dringenden Pflicht. Nach Mitteilung des Herrn Regierungspräsidenten sind die Kreis-kassen angewiesen, gegen Gemeinden, die bis zu dem Freitag, der auf den 21. j. Mts. folgt, die sollmäßige Grundvermögenssteuer nicht abgeführt haben, das Verwaltungszwangsverfahren einzuleiten.

#### Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

U. 2518.

Dels, den 17. Januar 1924.

#### Beiträge zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung.

Unter Bezugnahme auf die Kreisblattbekanntmachung vom 21. Dezember 1923 — Seite 306 — ersuche ich nunmehr die nachstehend aufgeführten Gemeinden, die Beiträge zur landwirt-

**Kraftlichen Unfallversicherung bis spätestens 22. Januar d. J. an die Kreis kommunalkasse abzuführen.**

Gemeinde Buckowintke  
Gemeinde Cronendorf  
Gemeinde Dammer  
Gemeinde Görlich  
Gemeinde Grüneiche  
Gemeinde Jäntschdorf  
Gemeinde Kraschen  
Gemeinde Lampersdorf  
Gemeinde Ludwigsdorf  
Gemeinde Maliers  
Gemeinde Nieder und Ober Mühlatschütz  
Gemeinde Nieder Mühlwitz  
Gemeinde Rauke  
Gemeinde Reuthof b. R.  
Gemeinde Klein Dels  
Gemeinde Pangau  
Gemeinde Klein Peterwitz  
Gemeinde Priezen  
Gemeinde Reesewitz  
Gemeinde Sacrau  
Gemeinde Schleibitz  
Gemeinde Neu Schmollen  
Gemeinde Schwierke  
Gemeinde Sechskiefern  
Gemeinde Stronn  
Gemeinde Vielguth  
Gemeinde Klein Weigelsdorf  
Gemeinde Wildschütz  
Gemeinde Zeffel  
Gemeinde Ziegelhof.

Gehen die Beträge in der festgesetzten Frist nicht ein, so erfolgt ohne weitere Mahnung die Zwangsbeitreibung.

Gleichzeitig werden die Herren Gutsvorsteher, die mit der Abführung der 2. Rate der Beiträge an die Landeshauptkasse noch im Rückstande sind, hiermit gemahnt.

**Der Vorsitzende des Kreisausschusses.**

K. I. 5867. Dels, den 11. Januar 1924.

#### **Bestätigung von Schiedsmännern.**

Der Herr Landgerichtspräsident hat die Neu- bzw. Wiederwahl nachstehender Schiedsmänner bzw. Stellvertreter bestätigt:

##### **a) Schiedsmänner:**

Ziegert, Stellenbesitzer, Döberle  
Quartl Karl, Stellenbesitzer, Buckowintke  
Richling Paul, Schneidermeister, Dammer  
Dabisch, Bauergutsbesitzer, Gutwohne  
Priezel Gustav, Gasthausbesitzer, Strehlitz  
Hübner, Gastwirt, Tschertwitz  
Mann August, Stellenbesitzer, Jadschönau  
Fiebach, Stellenbesitzer, Görlich  
Suchantke Julius, Restgutsbesitzer, Mirkau  
Hillmann W., Stellenbesitzer, Reuthof b. R.  
Mühlsteg Friedrich, Stellenbesitzer, Krittchen  
Herrmann Gustav, Stellenbesitzer, Ober Mühlatschütz  
Pursian Adolf, Freistellenbesitzer, Vielguth  
Pulst Julius, Mühlenbesitzer, Nieder Schmollen  
Gebauer Oskar, Gutsbesitzer, Lampersdorf  
Zeller Karl, Lehrer, Langenhof  
Schneider Robert, Waldwärter, Weidenbach  
Meiser August, Stellenbesitzer, Zeffel  
Züchner, Scholtiseibesitzer, Korschlit  
Trompke Traugott, Restgutsbesitzer, Nieder Mühlwitz  
Nicolaus Paul, Freistellenbesitzer, Schönau  
Spaniel, Förster, Ulbersdorf  
Grund Fritz, Bauunternehmer, Stronn  
Thiel, Wirtschaftsinспекtor, Dörndorf  
Gast, Kaufmann, Cunersdorf  
Willert August, Freistellenbesitzer, Stein  
Nagler, Rentmeister, Ostrowine  
Zimmermann, Revierförster, Klein Ellguth.

##### **b) Schiedsmänner-Stellvertreter:**

Schäpe, Bauergutsbesitzer, Ludwigsdorf  
Wiedemann A., Gasthausbesitzer, Dammer  
Dettelbach, Betriebsleiter, Sacrau  
Rupfermann, Lehrer, Eichgrund  
Fust Hermann, Lehrer, Bohrau  
Steinborn, Rentier, Stampen  
Joemann R., Bauergutsbesitzer, Gutwohne  
Fering Reinhold, Bauergutsbesitzer, Strehlitz  
Lietze, Gemeindevorsteher, Jadschönau

Bärgold Karl, Lehrer, Görlich  
Schubert Friedrich, Bauergutsbesitzer, Mirkau  
Dziallas Gustav, Stellenbesitzer, Bischofswalde  
Staphet Robert, Stellenbesitzer, Krittchen  
Schwarz Hermann, Stellenbesitzer, Postellwitz  
Samlich Ernst, Restgutsbesitzer, Zantoch  
Jäschke, Lehrer, Wilhelminenort  
Jarsek August, Gastwirt, Vielguth  
Ritter Max, Kaufmann, Nieder Schmollen  
Boguntke Karl, Lehrer, Korschlit  
Alter, Oberamtmann, Groß Ellguth  
Seibold, Revierförster, Lampersdorf  
Gorka, Lehrer, Zeffel  
Fiehr Bruno, Gutsbesitzer, Sadewitz  
Jaskiola Karl, Bauergutsbesitzer, Korschlit  
Runke, Lehrer, Pangau  
Bente Otto, Schöffe, Reesewitz  
Frey, Gasthausbesitzer, Schönau  
Schlosser, Inspektor, Ulbersdorf  
Günther Ernst, Stellenbesitzer, Stronn  
Flache Ernst, Freistellenbesitzer, Zudlau  
Beukert Alfred, Inspektor, Schleibitz  
Krisch Franz, Bauergutsbesitzer, Cunersdorf  
Stolper Fritz, Freigutsbesitzer, Buchwald.

**Der Vorsitzende des Kreisausschusses.**

#### **Änderung der Verordnung zur**

**Ausführung des Reichsmietengesetzes vom 14. Dezember 1922** (Preisblatt S. 11) auf Grund der preussischen Ausführungsbestimmungen vom 4. August 1923 (GS. S. 382) mit Zustimmung des Herrn Regierungspräsidenten in Breslau für den Kreis Dels mit Ausnahme der Städte Dels, Hundsfield, Bernstadt und der Gemeinde Sacrau.

##### **§ 1.**

Bei der Umlegung der Betriebskosten sind die Feuerversicherungsbeiträge in angemessener Höhe auf die selbständigen Wohnungen oder die selbständigen Mieträume anderer Art in Höhe von 95 vom Hundert umzulegen.

##### **§ 2.**

Der Vermieter darf bei der Mietzahlung außer der Grundmiete und den nach festem Zuschlagssätzen zu erhebenden Beträgen von den Mietern als monatlichen oder vierteljährlichen Vorschuß auf die umzulegenden Betriebskosten 4 Fünftel der im letzten Monat oder im letzten Vierteljahr entstandenen Betriebskosten verlangen.

Die Abrechnung der von den Mietern geleisteten Vorschußzahlung erfolgt bei der Umlage.

Zur weiteren Vorschußzahlung ist der Mieter erst verpflichtet, wenn über die im letzten Monat oder Halbjahresvierteljahr geleistete Vorschußzahlung abgerechnet worden ist.

##### **§ 3.**

Als große Instandsetzungsarbeiten gelten nur folgende: Vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Ablaufrohre, das Umdecken des Daches, der Abputz oder Anstrich des Hauses im Außen, der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, der Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizung und Warmwasserversorgung.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1924 in Kraft.

#### **Der Kreisausschuß Dels.**

gez. Dr. Undell. Seifert. Deutsch.

#### **Der Reichsarbeitsminister.**

X. 11987/23. Berlin, den 28. Dezember 1923.

An den Herrn Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung  
(Reichsamt für Arbeitsvermittlung)

Berlin.

#### **Berechnung der Kurzarbeiterunterstützungen bei Goldlöhnen.**

Auf das Schreiben III (III A) 2946/23 vom 8. Dezember 1923. Solange die Unterstützungssätze in Papiermark festgesetzt werden, kann ich mich nicht damit einverstanden erklären, daß die Kurzarbeiterunterstützung nach Goldmark berechnet wird und bei Auszahlung in Papiermark eine etwaige Verschlechterung dieses Zahlungsmittels entsprechend dem Stande der Goldmark berücksichtigt wird.

In Auftrage:

gez. Dr. D. Weigert.

D. M. 107. Dels, den 17. Januar 1924.

Den Ortsbehörden gebe ich hiervon Kenntnis.

**Der Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises.**  
Landrat.

## K. I.

Dell's, den 15. Januar 1924.

**Durchführung des § 45 der Verordnung über die vorläufige Neuregelung der Gewerbesteuer v. 23. 11. 1923 (GS. S. 519).**  
 Vf. d. M. d. Z., d. Fin.-Min. u. d. Min. f. Handel u. Gewerbe  
 v. 15. 12. 1923. — IV St. 2007 bzw. II. A. 1. 1924 bzw.  
 II a. 6820.

Die in § 54 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes in der Fassung der Novelle vom 26. 8. 1921 (GS. S. 495) vorgesehene Anhörung der Vertretungen der Steuerpflichtigen (vgl. Runderl. v. 9. 3. 1922, MBl. i. V. S. 285, Teil 1 Art. 9 und Runderl. v. 12. 1. 1923, MBl. i. V. S. 55) hat durch § 45 Abs. 1 der Vb. über die vorläufige Neuregelung der Gewerbesteuer vom 23. 11. 1923 mit Bezug auf die Gewerbesteuer einen Ausbau erfahren. Danach müssen in Gemeinden mit 3000 und mehr Einwohnern bei Zuschlagsbeschlüssen, die 200 v. H. übersteigen oder die die Zuschläge zu dem Steuergrundbetrag nach dem Kapital oder nach der Lohnsumme einerseits und nach dem Ertrage andererseits verschiedenartig bemessen und daher nach § 44 der Genehmigung bedürfen, vor Fassung des Gemeindefbeschlusses die Berufsvertretungen der hier von betroffenen Steuerpflichtigen gehört werden.

In Gemeinden unter 3000 Einwohnern ist diese Anhörung nur auf Antrag eines betroffenen Steuerpflichtigen erforderlich.

Als Berufsvertretungen gelten die zuständigen Handels- und Handwerkskammern, die die Abgabe des Gutachtens auf von ihnen bestimmte örtliche Vertretungen übertragen können. Die Übertragung kann auf Widerruf oder für einen einzelnen Fall erfolgen. Die Berufsvertretungen werden den Gemeinden von der Übertragung Mitteilung machen.

Auf Grund des § 45 Abs. 4 bestimmen wir folgendes:

A. Die Berufsvertretungen haben sich zu äußern:

1. Ueber die Tragbarkeit der beabsichtigten Zuschläge zu den Steuergrundbeträgen in Höhe von mehr als 200 v. H.,
2. Ueber die Zweckmäßigkeit ungleicher Bemessung der Zuschläge in Abweichung von § 41 Abs. 2 Satz 1,
3. Ueber die Richtigkeit der den beabsichtigten Beschlüssen zugrunde gelegten Schätzung des Aufkommens an Gewerbesteuer.

Die Berufsvertretungen können sich ferner äußern über das Verhältnis des Aufkommens an Gewerbesteuer zu dem Aufkommen aus den übrigen Einnahmen der Gemeinden, insbesondere aus der Grundvermögenssteuer.

B. Als Unterlagen für die gutachtliche Äußerung sind den Berufsvertretungen mitzuteilen: 1. der geplante Zuschlagsbeschluss, 2. die vorgenommenen Schätzungsrechnungen, 3. der Haushaltsplan; falls er noch nicht vervielfältigt ist, eine Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde.

C. Die Berufsvertretung oder die von ihr bestimmte örtliche Vertretung hat binnen zehn Wochentagen nach Eingang der Unterlagen bei der Berufsvertretung, in den Fällen aber, in denen die Unterlagen von der Gemeinde unmittelbar an die örtliche Vertretung gesandt werden, nach Eingang bei der örtlichen Vertretung zu erklären, ob sie Einwendungen erheben will oder die Anberaumung einer mündlichen Verhandlung wünscht. Die Gemeinde kann bei Uebersendung der Unterlagen auch ihrerseits eine mündliche Verhandlung an einem mindestens zehn Wochentage später liegenden Zeitpunkt anberaumen.

Neuzeit sich die Berufsvertretung oder die von ihr bestimmte örtliche Vertretung binnen dem 10 Wochentagen nicht, so gilt dies als Zustimmung, sofern von der Gemeinde eine mündliche Verhandlung nicht anberaumt ist.

D. Die Stellungnahme der Berufsvertretung oder der von ihr beauftragten Stelle ist mit dem genehmigungsbedürftigen Beschluss der Genehmigungsbehörde vorzulegen.

Vorstehender Erlass wird hiermit veröffentlicht.

**Der Vorsitzende des Kreisausschusses.**

Berlin, den 18. Dezember 1923.

X. Nr. 11023/23.

### Erwerbslosenunterstützung für Erwerbsbeschränkte.

(§ 6a Abs. 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge.)

Bis zum Inkrafttreten der beabsichtigten Änderung der Verordnung vom 15. Oktober 1923 über die Mittelaufbringung will ich keine Einwendungen dagegen erheben, daß die Fürsorgeträger auch Personen, die wegen einer 66% v. H. übersteigenden Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit Rente beziehen, als arbeitsfähig im Sinne der Verordnung über Er-

werbslosenfürsorge ansehen, wenn sie nach dem 1. November nicht bloß vorübergehend eine Beschäftigung ausgeübt haben, in der sie gegen Krankheit pflichtversichert waren.

**Der Reichsarbeitsminister.**

Im Auftrage:

gez. Dr. Weigert.

D. M. 98.

Dell's, den 17. Januar 1924.

Den Ortsbehörden gebe ich hiervon Kenntnis.

**Der Vorsitzende des Kreisausschusses.**

**Landrat.**

Berlin W 66, den 24. Dezember 1923.

Leipziger Straße 3.

III. B. Nr. 3041.

### Höchstgrenze der Kurzarbeiterunterstützung.

Mit Bezug auf meinen Erlass vom 12. Dezember 1923 — III. B. 3317 — weise ich darauf hin, daß ich keine Bedenken trage, die Anordnung meines Erlasses vom 26. September 1923 — III. B. 2323 —, daß die Kurzarbeiterunterstützung im Einzelfalle nicht höher sein darf als der Betrag, den der Kurzarbeiter bei voller Erwerbslosigkeit als Erwerbslosenunterstützung erhalten würde, aufrechtzuerhalten.

**Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt.**

Im Auftrage:

gez. Unterschrift.

D. M. 750.

Dell's, den 17. Januar 1924.

Den Ortsbehörden gebe ich hiervon Kenntnis.

**Der Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises.**

**Landrat.**

L. I. 336.

Dell's, den 16. Januar 1924.

### Fleischschau- und Trichinenbeschaugebühren.

Die Währungsverhältnisse haben sich so weit gefestigt, daß die Einführung wertbeständiger Fleischschau- und Trichinenbeschaugebühren angezeigt erscheint. Als Normalgebühren im Sinne des § 65 A. B. J. werden nachstehende Gebühren festgesetzt:

1. Ergänzungsbeschau: 3,00 M
2. Ordentliche Beschau
 

a) Einhufer	3,00 + 0,60 M f. d. Beschaukasse
b) Rinder	2,50 + 0,50 M
c) Schweine einschl. Trichinen	1,50 + 0,30 M
d) Schweine ausschließlich Trichinen	0,90 + 0,20 M
e) Schweine Tr. allein	0,75 + 0,15 M
f) Sonstiges Kleinvieh	0,60 + 0,10 M
g) Ferkel, Zügel, Lämmer	0,25 + 0,05 M

Zu diesen Sätzen erhalten die Tierärzte bei der Ergänzungsbeschau als Wegegebühren 0,40 M für den Kilometer Landweg, sowie 0,15 M Versäumnisgebühr für den Kilometer Eisenbahnfahrt und die entstandenen Fahrtkosten 3. Fahrklasse.

Bei der ordentlichen Beschau können bei Landwegen 50% der im vorstehenden Absatz genannten Gebühren also 0,20 M pro Kilometer gezahlt werden. Es bleibt aber dabei, daß die Wegegebühren bei der ordentlichen Beschau in der Regel in die Gesamtgebühr eingeschlossen sind. Sie können nur in Ausnahmefällen zugesprochen werden, und zwar im allgemeinen nur für die Tätigkeit als Vertreter in fremden Beschaubezirken. Für Fleischschau am Ort und in einem Umkreis von 5 Kilometer werden Wegegebühren im allgemeinen nicht zu gewährt sein.

Die Zuschläge für die Ergänzungsbeschaukassen sind wie bisher einzuziehen und monatlich einmal an die Beschaukassen abzuführen. Die Beschaukassen haben die Beträge zu vereinnahmen und darüber Buch zu führen. Von den Einnahmen sind die Kosten für Ergänzungsbeschau, Wegegebühren, Kreisblatt- und Postkosten für die Beschauer pp. zu tragen. Bis zum 5. April jeden Jahres ist mir anzuzeigen, welche Beträge an Gebühren im verfloßenen Rechnungsjahre vereinnahmt sind, welche Ausgaben davon bestritten wurden, und über welchen Bestand die Kasse am Schluß des Rechnungsjahres verfügt. Sollten die Beschaukassen mit ihren Einnahmen nicht auskommen, so ist mir ein begründeter Antrag auf Ueberweisung von Beträgen vorzulegen.

Diese Gebührenordnung tritt mit dem 21. Januar 1924 in Kraft. Alle bisherigen Verfügungen über die Festsetzung dieser Gebühren haben nur insofern Gültigkeit, als sie sich auf die auch weiterhin bestehen bleibenden Bestimmungen stützen.

L. III. 1203.

D e l s, den 10. Januar 1924.

Gemäß § 799 RVO. sind die Bauherren verpflichtet, über die in eigener Regie ausgeführten Bauarbeiten monatliche Nachweisungen an die Gemeindebehörde (Magistrat, Guts-, Gemeindevorstand) des Bauortes einzureichen. Die Gemeindebehörden haben fehlende oder unvollständige Nachweisungen nach eigener Kenntnis der Verhältnisse selbst aufzustellen oder zu ergänzen. (§ 800 RVO.) Diesen ihren gesetzlichen Verpflichtungen sind bisher sowohl die Bauherren als auch die Gemeindebehörden sehr mangelhaft nachgekommen. Der Bauherr ist der Nachweispflicht nur dann entzogen, wenn er die Bauarbeiten an ein Genossenschaftsmitglied vergeben hat. Ob ein Unternehmer der Genossenschaft angehört, kann er dadurch feststellen, daß er sich die Mitgliedskarte vorzeigen läßt.

Ich ersuche die Herren Guts- und Gemeindevorsteher für rechtzeitigen Eingang der Regiebaunachweisungen Sorge zu tragen.

**Der Vorsitzende des Versicherungsamts.**

L. III. 1354.

D e l s, den 16. Januar 1924.

#### Quittungskartenausgabe.

Nach dem mit dem 1. Januar d. Js. in Kraft getretenen Reichs-Knappschaftsgesetz vom 23. Juni 1923 (RGBl. I. S. 431 ff.) bildet der Reichs-Knappschaftsverein eine Sonderanstalt im Sinne des § 1360 der Reichsversicherungsordnung, in der die Beiträge der Versicherten abweichend von dem in der RVO. geordneten Verfahren bar erhoben werden, wie dies im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Schlesien schon bisher für die bei der Reichsbahn Beschäftigten geschah.

Die Quittungskartenausgabestellen des Kreises ersuche ich, falls künftig Quittungskarten der Invaliden- oder Angestelltenversicherung von Knappschaftsmitgliedern vorgelegt werden sollten, diese aufzurechnen und mit der nächsten Sendung dem zuständigen Versicherungsträger (Landesversicherungsanstalt Schlesien oder Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Berlin) zuzusenden.

Der Ausstellung einer neuen Quittungskarte bedarf es nicht; auf die vordere Seite der Aufrechnungsbescheinigung ist unten jedoch der Vermerk anzubringen: „Neue Quittungskarte nicht ausgestellt.“

**Der Vorsitzende des Versicherungsamts.**

K. I. 5659.

D e l s, den 15. Januar 1924.

Der Kreisausschuß hat die gemäß § 154 des Zuständigkeits-Gesetzes in Verbindung mit dem § 7 Absatz 2 des Personenstands-Gesetzes zu zahlende persönliche Entschädigung für die zur Übernahme des Standesamtes verpflichteten Standesbeamten mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab auf zehn Goldpfennige für den Kopf der Bevölkerung, mit Ausnahme der Wohnsitzgemeinde bzw. des Wohnsitzgutsbezirks des Standesbeamten jährlich festgesetzt.

Soweit die Herren Standesbeamten nicht Kreisblattbezieher sind, ersuche ich die Herren Gemeindevorsteher, diese hiervon in Kenntnis zu setzen.

**Der Vorsitzende des Kreisausschusses.**

L. I. 281.

D e l s, den 17. Januar 1924.

#### Aufwertung der Landwirtschaftskammerbeiträge.

Die Landesaufwertungsverordnung vom 7. 11. 1923 hat auch für die Zahlung der Beiträge an die Landwirtschaftskammer neues Recht geschaffen.

Die künftigen Beiträge sind nach dem Goldwert zur Zeit der Entstehung der Schuld zu bezahlen.

Rückstände aus dem Kalenderjahr 1923 werden nach den Bestimmungen der Aufwertungsverordnung aufgewertet.

Die gesetzlichen Unterlagen können während der Dienststunden hier eingesehen werden, ebenso wie ein Erläuterungserlaß des Herrn Landwirtschaftsministers (vom 19. 11. 1923).

L. I. 332.

D e l s, den 15. Januar 1924.

#### Verleihung und Sicherstellung von Wasserrechten.

Durch Ministerialerlaß ist die kleine Schrift von Regierungsrat Dr. Bochallt „Verleihung und Sicherstellung von Wassernutzungsrechten“ empfohlen worden.

Bei Sammelbestellungen berechnet der Verleger Carl Heymann 20 v. H. Ermäßigung auf den Grundpreis von 1,50 Gold-Mark.

Anträge sind von Interessenten bis 30. Januar 1924 bei mir zu stellen.

L. I. 44.

D e l s, den 16. Januar 1924.

#### Nachweisung der vorhandenen nicht gekörten Hengste.

Die Magistrate und die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher des Kreises ersuche ich, mir bestimmt bis zum 15. Februar d. Js. anzuzeigen, welche Pferdehalter (namentlich) in ihrem Bezirke ungekörte über 3 Jahre alte Hengste besitzen.

Fehlanzeige ist nicht erforderlich.

L. I. 396.

D e l s, den 16. Januar 1924.

#### Un gültige Pässe.

Die für nachstehende Personen ausgestellten Pässe sind verloren gegangen und werden für ungültig erklärt:

1. Krüpper Franz, Pferdehändler, geb. am 2. 7. 1877 zu Opherten, Kreis Jülich, Preußen.

Ausgestellt vom Landratsamt Jülich unter Nr. 217 für Holland.

2. Spieß Josef, Pferdehändler, geb. am 17. 1. 1873 zu Jülich, Preußen. Ausgestellt vom Landratsamt Jülich unter Nr. 218 für Holland.

3. Schmitz Gottfried, Ackerergehilfe, geb. am 18. Mai 1900, preuß. Staatsangehöriger. Ausgestellt vom Landratsamt Gelsenkirchen unter Nr. 337.

K. I. 60.

D e l s, den 11. Januar 1924.

**Verpflichtet:** der Stellentbesitzer Paul Z ü c h n e r zum Gemeindevorsteher der Gemeinde Weisensee.

**Der Vorsitzende des Kreisausschusses.**

K. I. 31.

D e l s, den 11. Januar 1924.

**Bestätigt:** der Stellentbesitzer Karl W e i ß zum Gemeindevorsteher der Gemeinde Peute.

**Der Vorsitzende des Kreisausschusses.**

K. I. 13.

D e l s, den 11. Januar 1924.

**Bestätigt** die Wahl des Freistellenbesitzers Gottlieb S c h o l z II zum Schöffen und des Freistellenbesitzers Robert K u n z e in Klein Ellguth zum Hilfschöffen für die Gemeinde Klein Ellguth.

**Der Vorsitzende des Kreisausschusses.**

L. I. 266.

D e l s, den 15. Januar 1924.

#### Gesucht

wird der tschechoslowakische Staatsangehörige Ferdinand D i n t e r aus Braunau in Böhmen, der dort mit 12 500 Kr. nach Deutschland flüchtig geworden ist.

Die Ortspolizeibehörden und Herren Landjägerbeamten ersuche ich im Ermittlungsfalle um Bericht hierher.

**Der Landrat: Dr. Undell.**